

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 11.04.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Bernd Seiwert	CDU	
Ulrike Biermann	CDU	
Franz Friedrich	CDU	
Matthias Görgen	CDU	bis 20:10 Uhr
Manfred Klein	CDU	
Gerhard Kruppert	CDU	
Axel Ripplinger	CDU	
Angelika Conrad	CDU	
Stefan Dorbach	CDU	
Therese Schmitt	CDU	
Hans-Joachim Horf	CDU	
Thomas Klein	CDU	
Jürgen Auweiler	CDU	
Udo Stein	CDU	bis 19:45 Uhr
Wolfgang Steinmetz	CDU	bis 19:15 Uhr

SPD-Fraktion

Rosemarie Gruhn	SPD	bis 20:50 Uhr
Manfred Klein	SPD	Vorsitz zu TOP 2
Nikolaus Lorenz	SPD	
Frank Schirra	SPD	bis 19:50 Uhr
Hubert Schönhofen	SPD	

Hedwig Groß	SPD	bis 20:35 Uhr
Arno Schneider	SPD	
Wolfgang Käfer	SPD	bis 20:15 Uhr
Martina Holzner	SPD	
Giuseppe D'Auria	SPD	
Arndt Oehm	SPD	bis 20:30 Uhr
Paolino Mangione	SPD	bis 20:20 Uhr

<u>DIE LINKE-Fraktion</u>		
Frank Hackenberger	DIE LINKE	bis 21:25 Uhr
Günter Seiler	DIE LINKE	bis 21:25 Uhr

<u>Fraktion Freie Alternative</u>		
Michael Schettle		bis 21:25 Uhr
Rainer Theobald	AfD	bis 21:25 Uhr

<u>FWM-Fraktion</u>		
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig	bis 21:25 Uhr
Artur Bies	FREIE WÄHLER Merzig	bis 20:10 Uhr

<u>fraktionslos</u>		
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	bis 21:25 Uhr
Michael Grauer	DIE PIRATEN	

Verwaltung
Thomas Klein
Lisa Klein
Daniel Barth
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter
Nicole Leinen
Ute Süßmilch
Werner Gasper
Hermann Friedrich
Christian Bies
Christian Wurzer
Anne Becker
Brigitte Theisen

Abwesend

CDU-Fraktion

Doris Darimont-Doll	CDU	entschuldigt
Werner Schönwiese	CDU	entschuldigt
Dr. Manfred Kost	CDU	entschuldigt
<u>SPD-Fraktion</u>		
Matthias Kautenburger	SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|---|--|--------------|
| | Eröffnung der Sitzung | |
| 1 | Bürgerfragestunde | |
| 2 | Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015 | 2019/033 |
| 3 | Kulturprogramm 2019/2020 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. | 2019/046 |
| 4 | Modellversuch FGTS Grundschule Brotdorf - Zustimmung des Schulträgers | 2019/061 |
| 5 | Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Am Seffersbach/Gustav-Regler-Platz" in Merzig.
Information des Stadtrates über das Wettbewerbsergebnis und Beschluss über die planerischen Vorgaben für das weitere Vorgehen | 2019/066 |
| 6 | Resolution zum Schulstandort Bietzen; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion | |
| 7 | Gewerbegebiet "Auf der Haardt" Besseringen, Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mettlach und der Kreisstadt Merzig bezüglich der Schmutzwasserentsorgung | 2019/021-001 |

8	Auslobung der Gewerbegrundstücke im Gewerbegebiet "Auf der Haardt" in Besseringen	2019/044-001
9	Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit paralleler Flächennutzungsplanteiländerung für den "Solarpark Merzig-Wellingen"; Einleitung des Verfahrens	2019/014
10	Konzept zur Steuerung der Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen innerhalb des Stadtgebietes	2019/030
11	Vorstellung des Klimaschutzteilkonzepts für eigene Liegenschaften der Kreisstadt Merzig	2019/036
12	Lärmaktionsplanung 3. Runde	2019/056
13	Förderung der Dorfentwicklung Teil 1; gemeinsamer Antrag der CDU/SPD Stadtratsfraktion vom 14.06.2018	2019/038-001
14	Vergabe Architektenauftrag Neubau Kita Schneckenhaus u. Erweiterung/Sanierung Kita St. Josef	2019/020
15	Erarbeitung einer Gestaltungssatzung für die Innenstadt Merzig	2019/034
16	Antrag: "Änderung Bebauungsplan für die Innenstadt"; Bündnis90/Die Grünen vom 20.02.2019	2019/047
17	Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im Stadtteil Besseringen im Interessenbekundungsverfahren	2019/039
18	Städtebauförderung 2019 -Änderung des Gebietszuschnittes "Stadtumbau West" -Neues Programmgebiet Soziale Stadt "Merzig Innenstadt Süd-West" -Änderung Programmmeldung 2019	2019/074
19	Förderaufruf zur Einreichung von Smart Cities-Modellprojekten; Bewerbung der Kreisstadt Merzig	2019/075

20 Ausschreibung der Stelle einer/eines Fachinformatikerin/Fachinformatikers (w/m/d) und Schaffung einer entsprechenden Planstelle im Vorgriff an den Stellenplan 2020 2019/031

21 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Nichtöffentlicher Teil

22 Abschluss eines Vertrags über die Zerlegung der Gewerbesteuer 2019/040

23 Ankauf von Teileigentum im Gebäudekomplex "Neues Rathaus" in der Brauerstraße 7 von den Erben Kratz. 2019/057-001

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Der Bürgermeister informiert darüber, dass die Mitglieder Morbe (Freie Wähler Merzig) und Borger (B90/Die Grünen) die Stadtratsfraktion „Bündnis für Merzig“ aufgelöst haben. Mitglied Bies sei aus der Fraktion der SPD ausgetreten und werde mit Wirkung vom 1. April 2019 mit Mitglied Morbe die Stadtratsfraktion der Freien Wähler Merzig bilden. Mitglied Borger (B90/Die Grünen) gehöre dem Stadtrat bis zum Ende der Amtszeit als fraktionsloses Mitglied an.

Die Verwaltung bitte darum, die TOP`s 18 „Städtebauförderung“ und 19 „Smart City“ auf die Tagesordnung zu setzen. Die Vorlagen seien allen Mitgliedern am Vormittag zugegangen und als Tischvorlage verteilt worden. Ferner sei am Sitzungstag ein Antrag der SPD-Stadtratsfraktion im Zusammenhang mit einer Resolution zum Grundschulstandort Bietzen bei der Verwaltung eingegangen. Dieser Antrag liege ebenfalls allen Mitgliedern vor. Der Stadtrat stimmt der Aufnahme dieser drei Punkte in die Tagesordnung zu.

Stadtverordneter Borger (B90/Die Grünen) verweist auf einen Antrag vom 22.03.2019 zum Thema „Touristisches Gesamtkonzept für Haus Sonnenwald“. Haus Sonnenwald sei heute Gegenstand der Tagesordnung. Er bittet um Rückmeldung, ob der Antrag deshalb nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden sei, weil es kein Fraktionsantrag gewesen sei. Der Vorsitzende verneint dies und weist darauf hin, dass dieses Schreiben eine schriftliche Erklärung von Herrn Borger darstelle. Da das Thema „Haus Sonnenwald“ Gegenstand der heutigen Tagesordnung sei, habe Herr Borger die Möglichkeit, diese Erklärung im Rahmen der Diskussion einzubringen.

1 Bürgerfragestunde

Herr Kerber berichtet, dass er etwa 1 m³ Grünschnitt auf der Kompostieranlage abgeben wollte. Dafür habe man ihm 16 € berechnet, da der Grünschnitt gestanzt worden sei. Man habe ihn angewiesen, den Grünschnitt in eine Tüte zu verfüllen, was er nicht eingesehen habe. Bürgermeister Hoffeld sagt eine Prüfung des Sachverhalts sowie eine Rückmeldung zu.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass Frau Spanier ihre schriftliche Anfrage zum Thema „Gustav Regler-Platz“ zu Beginn des TOP's 5 stellt. Der Stadtrat ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

2 Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2015

2019/033

ungeändert beschlossen

Gemäß § 42 Abs. 3 KSVG bestellt der Stadtrat bei Sitzungen, in denen über die Jahresrechnung beraten wird, für diesen Gegenstand der Tagesordnung einen besonderen Vorsitzenden. Bisher war es gängige Praxis, dass das älteste Mitglied vom Stadtrat zum besonderen Vorsitzenden bestellt wurde. Der Stadtrat hält an dieser Verfahrensweise fest und bestellt einstimmig Manfred Klein (SPD) zum besonderen Vorsitzenden.

Manfred Klein (SPD) übernimmt den Vorsitz.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 11.03.2019 mit dem Jahresabschluss 2015 beschäftigt, in der das Rechenwerk eingehend erläutert wurde. Der Jahresabschluss schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 4.515.091,49 € ab.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dem Stadtrat empfohlen, den Abschluss festzustellen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.515.091,49 € anteilig der Ausgleichsrücklage (1.894.798,22 €) und der allgemeinen Rücklage (2.620.293,27 €) zu belasten und den Bürgermeister gemäß § 35 Nr. 16 KSVG zu entlasten. Einzelheiten zu den Zahlen konnten die Mitglieder dem Prüfbericht entnehmen.

Mitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, dass ein Jahresabschluss dazu diene, im Vorfeld von Haushaltsplanberatungen eine Grundlage zu haben. Deswegen mahne er wie bereits in der Vergangenheit an, dass Jahresabschlüsse zeitnah vorzulegen seien. In einem Jahresabschluss seien Zahlen enthalten, die für den nächsten Haushalt unter Umständen sehr relevant sein könnten. Aus diesem Grunde bringe es seiner Auffassung nach relativ wenig, wenn der Rat heute nach vier Jahren einen Jahresabschluss bestätige. Er kündigt seine Zustimmung an, bittet jedoch darum, den Jahresabschluss künftig zeitnah zu erstellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Verwaltung bereits mit der Erstellung des Jahresabschlusses 2016 befasst sei. Eine zeitliche Differenz bei den Jahresabschlüssen sei üblich in den saarländischen Kommunen.

Die Stadtverordneten Rosemarie Gruhn (SPD) und Axel Ripplinger (CDU) haben gemäß § 101 Abs. 1 Satz 5 KSVG kein Stimmrecht, da sie den Bürgermeister im betreffenden Zeitraum 2015 als ehrenamtliche Beigeordnete vertreten haben.

Beschluss:

Über die Feststellung, die Verwendung des Fehlbetrages sowie die Entlastung wird jeweils getrennt beschlossen (§ 101 Abs. 2 Satz 2 KSVG).

1. Der vorgelegte geprüfte Jahresabschluss 2015 wird einstimmig bei vier Enthaltungen festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.515.091,49 € wird einstimmig bei sechs Enthaltungen anteilig der Ausgleichsrücklage (1.894.798,22 €) und der allgemeinen Rücklage (2.620.293,27 €) belastet.
3. Dem Bürgermeister wird einstimmig bei vier Enthaltungen Entlastung erteilt.

3 Kulturprogramm 2019/2020 des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. **2019/046**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld spricht von einem attraktiven Programm, das das Team der Villa Fuchs vorbereitet habe. Die Stadt könne froh und stolz sein, einen solchen Kulturanbieter in Merzig zu haben, der im Auftrag der Stadt die Kulturarbeit verrichte. Der Ausschuss habe dem Programm zugestimmt.

Ratsmitglied Schmitt (CDU) erklärt, dass die Villa Fuchs ein hochattraktives Kulturprogramm vorgelegt habe. Dieses biete ein Angebot für alle Altersgruppen und belebe die Plätze in der Stadt. Kultur sei keine Nebensache für eine Kommune; sie stifte Identität. Vor diesem Hintergrund bedanke sie sich bei Villa Fuchs für die geleistete Arbeit.

Stadtverordneter D'Auria (SPD) schließt sich dem Dank an das Kulturzentrum Villa Fuchs mit Michael Rauch an der Spitze an. Seit 25 Jahren organisiere die Villa Fuchs das Merziger Kinderfest und seit zehn Jahren das städtische Kulturprogramm. Seitdem habe sich das Kulturangebot in der Stadt stetig verbessert. Die Musik & Theaterreihe habe an Wert gewonnen, die Zahl der Abonnetten sei gestiegen. Oper, Operette, Theater, Klassik, Tanz und Volksmusik werde zu bezahlbaren Preisen angeboten. Beim Kinder- und Kultursommer werde Kultur für Groß und Klein zum Nulltarif präsentiert. Erfolgreiche Ausstellungen, wie „Merzig im Wandel der Zeit“, gehörten ebenfalls zum Repertoire. Ein weiterer Höhepunkt sei das für September geplante Zeltfestival. Nicht zuletzt unterstütze die Villa Fuchs zahlreiche Veranstaltungen von Vereinen oder in den Stadtteilen. Die Arbeit der Villa Fuchs trage mit zum Ruf Merzigs als „Kulturhochburg im Saarland“ bei.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) begrüßt das Kulturprogramm der Stadt Merzig außerordentlich. In der Vorlage werde darauf hingewiesen, dass ggfls. anfallende Mehreinnahmen in weitere Events investiert würden. Es gebe allerdings keine Aussage darüber, was im Falle von Mindereinnahmen geschehe. Desweiteren gebe es bei jedem Event den Posten „Sonstige Kosten“. Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) vertritt die Auffassung, dass diese Position aufgrund der bisherigen Erfahrungswerte näher spezifizierbar sein müsse. Diese „sonstige Kosten“ würden in einer Breite von ein bis 30 Prozent schwanken, was in Summe einen Betrag von etwa 20.000 € ausmache. Da es um öffentliche Gelder gehe, erwarte er zumindest eine Aussage darüber, warum es immer zu diesen sonstigen Kosten von bis zu 30 Prozent komme und wodurch diese entstünden.

Bürgermeister Hoffeld kündigt eine gesonderte Information darüber im Nachgang zur Sitzung an. Mit Blick auf die angesprochenen Mindereinnahmen stellt der Vorsitzende fest, dass es eine solche Situation bisher noch nicht gegeben habe. Das Team der Villa Fuchs kalkuliere stets sehr zurückhaltend.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, dass das Kulturprogramm aus seiner Sicht sehr breit gefächert und für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sei. Im Hinblick auf den gefallenen Begriff „Kulturhochburg“ hält er fest, dass es aus seiner Sicht stets gut sei, mit einem tollen Programm zu starten, ohne den „Krug zu überfüllen“. In einer Stadtratssitzung habe er im Zusammenhang mit der Zukunft des Gustav Regler-Platzes den

Antrag gestellt, mit der Villa Fuchs ein Kulturprogramm auf dem Gustav Regler-Platz durchzuführen. Dies sei mehrheitlich beschlossen worden. Irritiert habe er bei Facebook vom Projekt „Weindorf“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Merzig und der Villa Fuchs gelesen. Er stellt die Frage, warum die Stadt mit der Villa Fuchs auf dem Gustav Regler-Platz ein Kulturangebot plane – was grundsätzlich seine Zustimmung finde – und dazu nichts in der Vorlage stehe. Er unterstütze im Ergebnis den Inhalt der Vorlage und wünsche sich, dass nach dem Beschluss des Stadtrates in Kooperation mit der Villa Fuchs auf dem Gustav Regler-Platz ein Kulturangebot präsentiert werde.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Verwaltung dabei sei, entsprechend des Stadtratsbeschlusses auf dem Gustav Regler-Platz ein Kulturprogramm zu organisieren. Es habe bisher aber nur Vorabgespräche mit der Villa Fuchs gegeben, die noch nicht so detailliert gewesen seien, dass Inhalte in die Vorlage hätten einarbeitet werden können.

Stadtverordneter Manfred Klein (CDU) erklärt, dass Kultur kein Vorrecht der urbanen Zentren sei. Er habe den Eindruck, dass Kulturveranstaltungen im Zentrum der Stadt stets in Zusammenarbeit mit der Stadt oder einem anderen Partner organisiert werden müssten. Auf dem Bietzerberg würden pro Jahr 14 kulturelle Veranstaltungen stattfinden, ohne sich an einem Steuertopf zu bedienen. Vor diesem Hintergrund sollte es aus seiner Sicht für kreative Menschen möglich sein, selbst Initiative zu zeigen.

Beschluss:

Der Programmentwurf des Kreiskulturzentrums Villa Fuchs e.V. für das Merziger Kulturprogramm in der Spielzeit 2019/2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

4 Modellversuch FGTS Grundschule Brotdorf - Zustimmung des Schulträgers 2019/061 ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass die Schule dem Projekt positiv gegenüberstehe und das Angebot vielversprechend sei.

Stadtverordnete Holzner (SPD) äußert ihre Freude, dass dieser Modellversuch im Landkreis Merzig-Wadern in Brotdorf gestartet werde. Zusammen mit ihrem Kollegen Frank Wagner habe sie dieses Projekt entwickelt. Ziel sei es, eine höhere Qualität am Nachmittag zu erhalten. Die derzeitige Kernzeit liege bei 15 oder 17 Uhr. Diese werde künftig bei 16 Uhr liegen. Auch eine Frühbetreuung oder eine erweiterte Randzeit bis 18 Uhr solle möglich sein. Die Qualität solle auch durch ein abgestimmtes Hausaufgabenkonzept, das mit der Schule erarbeitet werde, und eine Neustrukturierung verschiedener Module am Nachmittag erreicht werden. Die Grundschule sei bereits mit der Förderschule dabei, ein Konzept zu entwickeln. Statt fünf Lehrstunden pro Gruppe werde es sechs geben und die Schulen würden ein Budget von 10.000 € erhalten, was auch zur Multiprofessionalität am Nachmittag eingesetzt werden könne. Das Modell werde wissenschaftlich begleitet über einen Zeitraum von drei Jahren. Sie bittet darum, der Vorlage zuzustimmen.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die LINKE) beantragt mit Blick auf die zahlreichen Besucher/innen, den TOP 15 „Städtebaulicher Ideenwettbewerb Am Seffersbach/Gustav

Regler-Platz“ vorzuziehen.

Der Vorsitzende lässt gemäß § 13 Abs. 2 a) der Geschäftsordnung darüber abstimmen. Der Rat stimmt dem Verfahrensantrag mehrheitlich zu.

Beschluss:

Die Kreisstadt Merzig stimmt als Schulträger der Durchführung des Modellversuchs zur Erprobung einer neuen Gestaltung der Nachmittagsbetreuung im Rahmen der Freiwilligen Ganztagschule (FGTS) an der Grundschule Brotdorf zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	1	0

Städtebaulicher Ideenwettbewerb "Am Seffersbach/Gustav-Regler-Platz" in Merzig.

5 Information des Stadtrates über das Wettbewerbsergebnis und Beschluss über die planerischen Vorgaben für das weitere Vorgehen

2019/066
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende gibt der Sprecherin der BI das Wort. Hannah Spanier erinnert daran, dass die Bürgerinitiative fast 3.000 Unterschriften gesammelt habe, um den Bau eines Gebäudes auf dem Gustav Regler-Platz zu verhindern. Sie sei sehr froh darüber, dass dieser Forderung stattgegeben worden sei. Die zweite Forderung habe darin bestanden, den Platz wieder instand zu setzen und verkehrssicher zu machen. Auch diesbezüglich könne sie mit Freude feststellen, dass der Platz wieder instandgesetzt sei und am Bodenbelag gearbeitet werde. Der letzte Wunsch sei die Umgestaltung des Platzes gewesen. Im Hinblick darauf befinde man sich heute in der entscheidenden Phase. Ihr sei bewusst, dass der Stadtrat heute eine schwierige Entscheidung zu treffen habe, da sich das Ergebnis des Bürgervotums und der Jury konträr entgegenstünden. Der Rat habe nunmehr die Aufgabe, eine Lösung zu finden. Ursächlich für das Ergebnis, für das sich die Bürger mehrheitlich ausgesprochen hätten, sei aus ihrer Sicht die Gebäudeform sowie der Eindruck von „viel Grün“. Sie bitte den Rat, dies in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Sie empfinde es als schade, dass es keinen Entwurf gebe, der keine Randbebauung vorsehe. Nach ihrer Auffassung müsse nicht jeder Quadratmeter in der Stadt mit Gebäuden zugepflastert werden. Vor diesem Hintergrund habe sie selbst einen Entwurf erarbeitet, den sie allen Mitgliedern zur Kenntnis bringen wolle. Die Bürgerinitiative werde sich auch nach dem heutigen Tag nicht auflösen, sondern wolle den Prozess weiter begleiten. Die BI bitte die Stadt um Transparenz im weiteren Verfahren und die Bürger schnellstmöglich über die einzelnen Schritte zu informieren. Sie fordere die Stadt auf, an einem Gesamtkonzept zu arbeiten, bei dem es um Durchgrünung, das Parken sowie die Bausituation in der Innenstadt gehe.

Mit Blick auf das in Rede stehende „Weindorf“ bitte sie um konkretere Informationen. Ferner bitte sie um Auskunft, wie die Stadt sich die zeitliche Umsetzung auf dem Gustav Regler-Platz vorstelle. Im Haushalt 2019 sei ihres Wissens kein Geld eingeplant.

Bürgermeister Hoffeld richtet seinen Dank an alle, die aktiv mitgearbeitet, den Prozess begleitet und Vorschläge gemacht hätten, auf deren Basis letztendlich drei Entwürfe erarbeitet worden seien. Die Verwaltung begrüße es, dass die Bürger/innen weiter mitarbeiten werden. Fachbereichsleiter Bies werde die einzelnen Entwürfe vorstellen sowie Aussagen zur zeitlichen Umsetzung treffen. Im Hinblick auf das „Weindorf“ habe es einen möglichen Betreiber gegeben, den die Verwaltung gebeten habe, ein konkretes Konzept zu erarbeiten. Bis dato liege der Stadt jedoch noch kein Konzept vor.

Fachbereichsleiter Bies stellt die Vorschläge der drei am Ideenwettbewerb teilgenommenen Planungsbüros ausführlich vor. Er lobt die intensive und gute Bürgerbeteiligung am Ideenwettbewerb. Abgesehen von zehn allgemeinen Leitlinien habe es von Seiten der Stadt keinerlei Vorgaben an die Planungsbüros gegeben. Die von den Bürgern entwickelten Vorschläge seien ungefiltert an die Planungsbüros weitergegeben worden, so dass es ein offener Wettbewerb gewesen sei. Im Vorfeld klar definiert worden sei, dass eine Bebauung des öffentlichen Raumes ausgeschlossen sei. Eine Bebauung auf privaten Flächen sei nicht verlangt und nicht vorgegeben gewesen. Alle Büros hätten sich aus städtebaulicher Sicht für eine Bebauung entschieden.

Im Hinblick auf die von der Mehrheit der Bürger favorisierten Planungen von „M.E.S.S. Stadtplaner, Kaiserslautern in Gemeinschaft mit Bochem_Schmidt Architekten“ erklärt Fachbereichsleiter Bies, dass sowohl die Vorstellung als auch die Darstellung durch das Büro sehr geschickt gewählt worden seien. Hauptpunkt dieses Entwurfes sei die Tieferlegung des Gustav Regler-Platzes um ca. 1,80 m auf einer Länge von 60 bis 70 Metern. Die Gebäude seien nur in einem Teilbereich dargestellt, so dass man den Eindruck gewinne, es sei sehr kleinteilig. In Wirklichkeit gebe es auf breiter Front eine Bebauung. Problematisch am für den Platz vorgesehenen Belag (Kunststoffgemisch) sei, dass bei jedem Starkregenereignis der Bach über den Platz fließe. Die Schwemmstoffe würden die Poren des Platzes verstopfen, der Reinigungsaufwand sei sehr hoch. Die Wahl des Belages sei aus seiner Sicht falsch. Es bliebe bei einem vollversiegelten Belag nur eine komplette Asphaltierung oder eine Pflasterung in Beton, was dem widerspreche, was man heutzutage plane im Hinblick auf die klimatischen Veränderungen. Es gebe keinerlei Möglichkeiten, sich im Schatten aufzuhalten, und es gebe keinerlei Grün auf dem Platz. Die komplett versiegelte, nicht begrünte Fläche wirke im Hochsommer wie eine Herdplatte mit extremer Hitzeentwicklung und sei deshalb seiner Auffassung nach der falsche Ansatz. Für die Kinder gebe es keine Angebote. Im Ergebnis wirke die Planung auf den ersten Blick sehr positiv; wenn man aber genauer hinschaue, entdecke man die erläuterten kritischen Punkte. Mit Blick auf die Treppenanlage (6 Stufen, 60 Meter) weist FB-Leiter Bies darauf hin, dass diese Größenordnung einem kleinen Stadion gleichkomme, wo 500 Leute Platz fänden. Dies bedeute, dass der Platz leer wirke, falls sich nicht mehr als 100 Leute darauf aufhielten. Nichts desto trotz sei die Grundidee, eine Fläche am Wasser zu schaffen, sehr positiv. Der Entwurf beinhalte viele Punkte, die es wert seien, in der Folge weiterverfolgt zu werden.

Der Entwurf des Büros „arus Willy Latz, Püttlingen in Gemeinschaft mit Dutt&Kist, Saarbrücken“ sei überfrachtet. Der mittlere Teil des Platzes bleibe – mit neuem Belag – weitestgehend erhalten. Über Sitzstufen könne man ans Wasser gelangen. Über die Liebesinsel hinaus soll ein neuer Steg führen. Auf der rechten Bachseite solle ein Fußweg mit Sitzstufen direkt am Wasser angelegt werden. Der Grabenbereich zwischen Liebesinsel und Gustav Regler-Platz soll nach diesem Vorschlag in der Fließgeschwindigkeit verlangsamt werden, so dass Kindern im unteren Bereich die Möglichkeit eingeräumt werde, ins Bachbett zu gelangen und Wasser zu erleben.

Nach dem Entwurf von „Wandel Lorch Architekten, Saarbrücken“ solle der untere Bereich des Gustav Regler-Platz unverändert bleiben. Vis-a-vis der Liebesinsel sei eine Abtreppe als Sitzmöglichkeit vorgesehen. In der Mitte des Platzes solle die Versiegelung aufgelöst und eine wassergebundene Fläche mit einem Baumhain, unter dem der Gustav Regler-Stein platziert würde, eingerichtet werden. Bei den Gebäuden werde die Gassenform

aufgenommen; d.h. die Gebäude würden sich nicht wie bei den anderen Entwürfen in der Quer-, sondern in der Längsrichtung orientieren und sich – sofern möglich – an das Bestandsgebäude anschließen, so dass eine Durchgängigkeit gegeben sei.

Der Wettbewerb sei aus seiner Sicht ein Gewinn für das Projekt gewesen. Die vorliegenden Ideen müssten nunmehr – wieder mit entsprechender Bürgerbeteiligung - in eine Entwurfsplanung eingearbeitet werden.

Der Vorsitzende hält fest, dass in allen drei Entwürfen gute Ansätze enthalten seien. Vor diesem Hintergrund wäre es schade, wenn der Rat sich lediglich für einen Entwurf entscheiden und damit positive Aspekte der anderen Entwürfe außer Acht lassen würde. Klar sei, dass in allen drei Fällen eine niedrigere Geschosshöhe gewünscht sei, als dies rechtlich möglich sei. Die Verwaltung unterbreite deshalb den in der Vorlage formulierten Beschlussvorschlag, den der Bürgermeister verliest. Gegenüber der Vorlage solle die Formulierung unter Punkt eins wie folgt geändert werden: Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Gespräche mit den Grundstückseigentümern fortzuführen und basierend auf den Ergebnissen des Städtebaulichen Ideenwettbewerbs hinsichtlich einer Bebauung auf den privaten Flächen auf eine möglichst niedrige Gebäudehöhe (max. drei Geschosse) hinzuwirken. Die ursprüngliche Formulierung „auf eine Reduzierung auf max. 3 Geschosse hinzuwirken“ soll entsprechend ersetzt werden. Hinsichtlich der Akquise von Fördermitteln (Punkt drei) führt der Bürgermeister aus, dass es bereits Gespräche mit dem zuständigen Ministerium gegeben habe, und verweist auf den zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommenen TOP 18. Hinsichtlich des von Frau Spanier gewünschten Zeitplans kündigt der Vorsitzende an, dass in einem nächsten Schritt Gespräche mit den Eigentümern geführt werden auf Basis des Stadtratsbeschlusses. Wegen Fördergeldern führe die Verwaltung Gespräche mit den entsprechenden Ministerien. Die erste mündliche Zusage liege bereits vor. Die Weiterentwicklung eines städtebaulichen Entwurfes inklusive Bürgerbeteiligung solle im Sommer/Herbst 2019 durchgeführt werden. Letzlich solle bis Herbst 2019 alles in einen konkreten Plan münden, der mit den Eigentümern abgestimmt werden müsse und zu dem ein Stadtratsbeschluss einzuholen sei. Bürgermeister Hoffeld weist an dieser Stelle auf die erforderliche Bereitschaft der Eigentümer hin. Wunsch der Verwaltung sei, im Jahr 2021 mit der konkreten Umsetzung zu beginnen.

Stadtverordneter Auweiler (CDU) zeigt sich erfreut, dass der Rat heute einen weiteren Schritt zur positiven Entwicklung des Gustav Regler-Platzes beschließen könne. Bei der ersten Bürgerversammlung vor knapp einem Jahr hätten auch Vertreter der CDU-Stadtratsfraktion teilgenommen. Die CDU-Fraktion habe damals zugehört und die Anliegen der Bevölkerung verstanden. Kurz danach habe CDU-Fraktionssprecher Seiwert einen Antrag im Stadtrat eingebracht, der mehrheitlich beschlossen worden sei. Der erste wichtige Schritt sei gewesen, dass kein Gebäude auf dem Platz errichtet werden solle. Damit sei der Weg frei gemacht worden, konstruktiv mit der BI und den vielen anderen Bürgern in einen Austausch zu gehen. Auch der Erhalt des Platzcharakters, eine Belebung, Besonnung und Begrünung des Platzes seien wichtige Aspekte. Der Ideenwettbewerb – ein Teil der CDU-Forderung – habe wichtige Ideen gebracht. Im Namen der CDU-Stadtratsfraktion danke er der BI und auch der nichtorganisierten Bürgerschaft, die mitgewirkt hätten. Das Ziel, den Gustav Regler-Platz nicht zu bebauen, sei erreicht.

Die CDU-Fraktion unterstütze den Verwaltungsvorschlag für die weitere Vorgehensweise. Mitglied Auweiler (CDU) äußert die Hoffnung, entsprechende Fördermittel zu erhalten. Neben den Geldern müsse auch der Wohnraum am Seffersbach stimmen. Alle Planungsbüros hätten sich für eine Bebauung des nichtöffentlichen Raumes zur Einfassung des Platzes ausgesprochen. Der vom Bürgermeister vorgetragene Vorschlag einer „möglichst niedrigen Gebäudehöhe, maximal drei Geschosse“ finde die Zustimmung der CDU-Fraktion. Richtig sei daher, die Gespräche mit den Eigentümern von Seiten der Stadt zu führen, um die Zahl der Geschosse zu reduzieren, um die Hinterhofsituation aufzuwerten, dem Wunsch der Bürger nach möglichst ganzjähriger Besonnung des Platzes

nachzukommen und die Ideen der Büros zur Platzeinfassung und Aufwertung des Gesamtbereiches umzusetzen. Es sei von Beginn an wichtig gewesen, viele Bürger bei diesem Gestaltungsprozess mitzunehmen und er bedanke sich für die tollen und innovativen Ideen. Wie bei allen Projekten, würden sich verschiedene Zielvorstellungen ausschließen, weil sie miteinander in Konkurrenz stünden. Während einige sich für Ruhe aussprechen, würden sich andere wiederum einen Aktivitätsbereich wünschen. Der Platz biete aufgrund seiner Größe zumindest die Möglichkeit, viele Wünsche zu berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion wolle Zeit und Steuermittel so einsetzen, dass der Platz nutzbar werde. Bei den zukünftigen Schritten müsse die Bürgerschaft weiter mitgenommen werden. Wenig Wohnbebauung, Förderung von Mitteln und Aufwertung des gesamten Platzes für die Bürgerschaft – dieser Dreiklang sei der richtige Weg. Die CDU-Fraktion stehe dahinter.

SPD-Fraktionssprecher Klein stellt zu Beginn seiner Ausführungen die Frage, wie der Raum im Zentrum unserer Stadt, der Bereich Seffersbach/Gustav Regler-Platz und untere Poststraße, in Zukunft aussehen bzw. gestaltet könne bzw. solle. Ausgangspunkt sei die seit Jahrzehnten angedachte Neugestaltung der Bebauung im Bereich der unteren Poststraße, schwerpunktmäßig zum Gustav Regler-Platz hin, am Seffersbach gewesen. Mit eines der Ziele einer städtebaulichen Neuplanung sei die Beseitigung des nicht gerade einladenden Hinterhofcharakters des Bereiches „Am Senkelchen“ gewesen. Folgerichtig habe sich natürlich damit auch ein Planungsansatz für die Aufwertung und Neugestaltung des Gustav Regler-Platzes ergeben.

Dem gemeinsamen Ziel einer städtebaulichen Aufwertung in beiden Bereichen seien alle Beteiligten mit Stand heute ein gutes Stück näher gekommen. Der Ideenwettbewerb mit den drei Planungsbüros unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sei – was die Ergebnisse und den Ablauf angehe – ein großer Erfolg gewesen. Dafür richtet SPD-Fraktionssprecher Klein ein Dankeschön an alle, die hierzu ihren Beitrag geleistet und diesen Prozess konstruktiv und kritisch begleitet haben.

Es würden nun unterschiedliche, sehr gute und interessante Lösungsansätze für die Realisierung beider Bereiche vorliegen: also für eine Bebauung und eine Aufwertung des Gustav Regler-Platzes. Die SPD-Fraktion sehe dies als eine große Chance, als eine innerstädtische, städtebauliche Aufwertung mit einem in die Zukunft gerichteten Alleinstellungsmerkmal für Merzig. Jeder der drei vorliegenden Entwürfe habe viele der in den Bürgerworkshops eingebrachten Ideen und Anregungen in seiner Konzeption integriert. Ein ganz wichtiger Aspekt sei bei allen Planern berücksichtigt. Der Gustav Regler-Platz bleibe frei von Gebäuden. Hinzu komme: Der Seffersbach müsse erlebbar und teilweise begehbar sein. Eine gute Durchlüftung sei weiterhin im Bereich Seffersbach gegeben. Eine Aufwertung durch eine hochwertige Durchgrünung sei von allen vorgesehen. Es werde kein zusätzlicher Festplatz werden, die Verkehrssituation sei gut durchdacht und alle baulichen Entwürfe würden für die Eigentümer eine maximal dreigeschossige Gebäudestruktur vorsehen. Also eine geschlossene Auflösung der Hinterhofsituation mit einer klaren Baukante.

Die SPD-Fraktion sei der festen Überzeugung, dass der vorliegende Beschlussvorschlag allen – den Bürgerinnen und Bürgern, den Eigentümern, der Verwaltung und dem Stadtrat – genügend Spielraum lasse, sowohl zeitlich als auch gestalterisch zu einer guten Gesamtlösung zu kommen. Eine ganzheitliche Lösung, die unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie den Besuchern viel Freude bereite und unsere Stadt aufwerte. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) richtet seinen Dank an die Bürger und die BI, dass sie einen Betonklotz auf dem Gustav-Regler-Platz verhindert hätten. Den Merziger Bürgern und der BI komme die Kommunalwahl und die Wahl des Bürgermeisters zur Hilfe. Gegen den Umbau des Kreisels in eine Ampelkreuzung seien auch mehrere tausend

Unterschriften gesammelt und etliche Leserbriefe verfasst worden. Interessiert habe es weder die Verwaltung, noch die GroKo. Stattdessen verstecke man sich hinter einem Gutachten. Die Vorgehensweise der GroKo inklusive der Verwaltung beim Thema Gustav-Regler-Platz sei mehr als befremdlich. Im Grundstücksausschuss sei den Mitgliedern erklärt worden, die Hinterhofsituation beseitigen zu wollen. Diesem Vorschlag habe die Linke zugestimmt. In der Saarbrücker Zeitung sei jedoch ein riesiger Klotz zu sehen gewesen. Dies sei kein Versehen gewesen, sondern ein Testballon. Er sei auf die Merziger Bürger stolz, dass sie sich nicht mehr alles bieten lassen. Sie hätten ihre Entrüstung kundgetan und dies verhindert. Hierauf sei auf Vorschlag der Linken eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden. Diese sollte ergebnisoffen, fair und konstruktiv miteinander arbeiten. Faire Ergebnisse und eine offene Arbeitsgruppe seien weit gefehlt. Ohne die Beteiligten der AG zu informieren, sei eine AG zugunsten der GroKo zusammengeschustert worden. CDU und SPD hätten zwei Stimmberechtigte erhalten, während Linke und AfD jeweils einen Stimmberechtigten hatten. Somit sei klar gewesen, dass CDU und SPD wieder ihre Interessen durchsetzen wollten. Gegen die Zustimmung der Opposition von AfD und Linken sei eine Mediatorin beauftragt worden. Jeder wisse, dass eine Mediatorin unabhängig sein und von allen Seiten akzeptiert werden müsse. Jeder kenne auch das Sprichwort „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“. Hier sei der Fall besonders prekär: Frau Nägeli sei mit Herrn Christian Bies befreundet und beide hätten auch noch zusammen gearbeitet. Diese zwei Punkte seien klar von der Linken artikuliert und zur Abstimmung gegeben worden, dass unter dieser Voraussetzung keine ergebnisoffene und faire Arbeitsgruppe möglich sei. Aber wie zu erwarten, habe die GroKo dafür gestimmt, es weiter bei dieser mehr als zweifelhaften Konstellation zu belassen. Darauf habe die Linke klar und deutlich gesagt, dass sie an dieser Phrase nicht mehr weiter teilnehme. Die Verwaltung habe jedoch über die Presse immer ein Bild gezeichnet, dass alle Fraktionen mit Ausnahme der Grünen beteiligt seien. Von Frau Hannah Spanier habe er erfahren, dass die Verwaltung behaupte, Die Linke nehme nicht mehr an den AG-Sitzungen teil. Dadurch, dass seine Fraktion keine schriftliche Mitteilung eingereicht habe, sei sie weiterhin in der Arbeitsgruppe vertreten.

Mit Blick auf den Gustav Regler-Platz seien auf Druck der Bevölkerung Bürgerworkshops durchgeführt worden. Folgende Antworten seien gekommen. Er zitiere aus einem Dokument der Stadt: keine Beschattung, Blumenwiesen am Bach, Blumen für Bienen, Nutzgarten, Insel als grüne Ruhezone, Liegefläche, Spielmöglichkeiten für Kinder, Pavillon, damit ganzjährige Nutzung möglich sei, Sandspiel mit Wassernutzung, Spielmöglichkeiten für Kinder, Spielfitness, restriktive Anliegerzufahrt, nur Anlieger und Fahrradfahrer, kleiner Wasserfall, Brunnen mit Spielmöglichkeiten für Kinder, Blick aufs Wasser, Wassertretanlage. Ferner sei gesagt worden - da sei man noch drauf eingegangen – dass keine viergeschossige Bauweise, sondern eine Bebauung mit kleinen Wohneinheiten umgesetzt werden solle. Keiner der vorliegenden Entwürfe habe dies umgesetzt. Das Beste, wofür man weder die Architekturbüros noch die Jury, sondern nur den gesunden Menschenverstand gebraucht hätte, sei die durchgängige Aussage, dass es eine maximal dreigeschossige Bebauung geben sollte. Auf diese Aussage der Linken bereits vor einem Jahr sei nur die Aussage der Angehörigen der CDU gekommen, dass dies einer Enteignung gleich komme. Jetzt solle es angeblich gehen. Dass als Ergebnis keine grüne Erholungszone, sondern eine Beton- und Pflasterorgie entstehe, sei kein Zufall. Wer glaube, jemand, dessen Honorar abhängig von der Bausumme sei, sei unabhängig, der sei gutgläubig oder naiv. Genau dies wollten die Vorredner allen weiß machen. Dies sei aber nicht nur beim Gustav-Regler-Platz zu sehen, sondern auch bei der Neugestaltung des Stadtparks, wo die günstigsten Elemente, wie Spielgeräte und Bepflanzung, am besten ankämen. Die Planung habe ein Asphaltweg mit Spezialasphalt, der teuer sei und von der Brücke bis zur Stadthalle gehen sollte, sowie ein Querweg mit Betonsteinen, der leider umgesetzt werde, und einen Betonpavillon vorgesehen. Alles, was hier toll sei, sei nicht wirklich zuträglich für einen Stadtpark. Grün statt Beton wollten die Bürger in einem Stadtpark.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) fordert FB-Leiter Bies auf, mit dem Lachen aufzuhören und ergänzt, man müsse dazu wissen, wie Herr Bies an den Job gekommen sei.

Bürgermeister Hoffeld richtet an Mitglied Hackenberger die Forderung, diese persönlichen Angriffe zu unterlassen.

Ein weiteres Beispiel, so Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke), sei der Umbau des Kreisels in eine Ampelanlage. SPD-Fraktionssprecher Klein beantragt, dass der Redner sich zum Tagesordnungspunkt äußern solle. Der Vorsitzende ruft Mitglied Hackenberger (Die Linke) gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung zur Sache auf.

Mitglied Hackenberger erklärt, dass es heute um den Willen der Merziger Bürger gehe. Aus dem zuvor beschriebenen Zusammenhang werde seine Fraktion sich dafür einsetzen, dass keine die Öffentlichkeit betreffenden Baumaßnahmen mehr künftig ohne Bürgerbeteiligung umgesetzt und alle Merzig betreffenden, wichtige Fragen durch direkte Demokratie entschieden würden. Da die Vorgaben der Bürger in keinem der Entwürfe umgesetzt seien und kein schonender Umgang mit Steuergeldern zu erkennen sei, werde die Linke-Fraktion die Vorschläge komplett ablehnen.

Bürgermeister Hoffeld stuft den Wortbeitrag von Mitglied Hackenberger (Die Linke) als unsachlich ein. Bis dato hätten alle versucht, sachlich zu argumentieren. Er empfinde die an Herrn Bies gerichteten Vorwürfe als Frechheit.

FWM-Fraktionssprecher Morbe beantragt, dass die Unterlagen von Frau Spanier mit zu den Wohnungseigentümern genommen werden. Bürgermeister Hoffeld sagt dies zu.

Mitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, im Vorfeld der Sitzung sowie heute habe er sich ein paar Jahre zurückversetzt gefühlt, als es um das Thema „Saarpark“ gegangen sei. Auch damals hätten Büros Pläne vorgestellt. Die Frage der Finanzierbarkeit und der Unterhaltung, was er immer wieder angemahnt habe, sei nicht diskutiert worden. Seiner Ansicht nach werde permanent derselbe Fehler gemacht. Es würden ein ergebnisoffener Ideenwettbewerb verkauft und zugleich Leitplanken gezogen. Die Leitplanke damals sei die Fußgängerbrücke gewesen. Alle vorgestellten Pläne hätten sich nur um das Thema „Fußgängerbrücke“ entwickeln können. Die Punkte, die die Bürger hätten vergeben können, hätten dazu geführt, dass eine dieser Varianten zum Zuge gekommen sei.

Zum Thema „Gustav Regler-Platz“ wolle er vorwegschicken, dass er an keinen nichtöffentlichen, geheimen Sitzungen mehr teilnehmen werde, bei denen es ursächlich um Belange der Bürger gehe. Es gehe hier um den letzten noch unbebauten Platz in Merzig. Er sei in der weiteren Entwicklung froh gewesen, dass er weder der Arbeitsgruppe, noch der Jury angehört habe. Er stellt die Frage, wie es sein könne, dass in einer Jury als stimmberechtigtes Mitglied ein Investor sitze, der 2013 bereits in diesem Bereich etwas geplant habe, was nunmehr in einer Planung vorliege. Gleichzeitig dürfe eine von den Bürgern gewählte Vertreterin einer BI nur zum Zuhören dabei sitzen und werde zugleich verdonnert, nichts in die Bürgerschaft zu kommunizieren. Dies habe seiner Auffassung nach nichts mit Transparenz und dem fairen Umgang mit Bürgerinteressen zu tun.

Nach den Diskussionen um den Umbau des Kreisels habe der Stadtrat einstimmig beschlossen, bei allen Dingen, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Stadt seien, eine Einwohnerbefragung durchzuführen. Eine von ihm beantragte Einwohnerbefragung zum Gustav Regler-Platz mit der einfachen Frage, ob eine Bebauung gewünscht sei oder nicht, sei mit der Begründung, dies sei nicht zielführend, abgelehnt worden.

Architektenbüros würden sich im Vorfeld Unterlagen, wie den Bebauungsplan und zum Hochwasserschutz, besorgen, sowie im Internet und in der Zeitung recherchieren. Dabei würden sie auch auf den Letter of Intent stoßen, nach dem eine Bebauung in diesem Bereich geplant sei. Dies bedeute, dass ein Büro – ohne, dass die Verwaltung auf die Büros zugehen müsse – zu der Überlegung komme, dass dort eine Randbebauung vorgesehen sei. Er sei erschüttert gewesen, dass keines der drei Büros den Sprung gemacht habe, um den Gustav Regler-Platz zu erweitern – die noch vorhandenen Freiflächen mit einzubinden etc. Wenn aber das Ziel sei, nach Letter of Intent auf möglichst wenig Platz möglichst viel Wohnraum zu

generieren und möglichst hohe Erträge abzuschöpfen, könne natürlich nichts anderes herauskommen, als das, was vorgestellt worden sei. Die Bürger hätten nur die Wahl zwischen drei verschiedenen Formen der Bebauung gehabt. Wobei der erste Plan, rein von der Form, der ihn an die Speicherarchitektur an Flüssen in Holland erinnere, zumindest das Thema „Fluss oder Wasser“ aufgenommen habe, um Merzig am Seffersbach vielleicht etwas Besonderes zu geben.

Mitglied Borger (B90/Die Grünen) weist darauf hin, dass es einen rechtsgültigen Bebauungsplan gebe. Dies bedeute, dass eine dreigeschossige Bebauung auf Freiwilligkeit beruhe. Genauso, wie man über dieses Thema mit den Grundstückeigentümern spreche, könne man diese ansprechen, ob die Bereitschaft bestehe, die Innenstadt, insbesondere das grüne Band „Seffersbach“, lebensfreundlicher zu machen.

Mit einzelnen Aspekten des Beschlussvorschlages könne er sich anfreunden. So beispielsweise mit der frühzeitigen Beantragung von Fördergeldern. Da es aber keine Alternative zu einer Bebauung gebe, lehne er im Ergebnis die Verwaltungsvorlage ab. Das Problem in diesem Bereich bekomme man nur gelöst über eine Änderung des Bebauungsplans und eine rechtsverbindliche Gestaltungssatzung. Am Seffersbach müsse die Baugrenze zehn Meter zurückgesetzt und die Bebauung in der Höhe begrenzt werden. Wenn es aber nach wie vor nur dem Bauherrn überlassen werde, sei dieser „mit dem Klammerbeutel gepudert“, wenn dieser auf Einnahmen verzichte.

Bürgermeister Hoffeld stellt klar, dass am Ende weder eine Arbeitsgruppe, noch eine Jury entscheide. Die Arbeitsgruppe habe das Ziel gehabt, die Bürgerworkshops vorzubereiten. Inhaltlich sei ansonsten in den AG-Treffen nichts besprochen worden. Man sei sich nach seiner Einschätzung einig darin, dass vieles von dem, was mit Blick auf den Platz vorgeschlagen sei, besser sei als der Ist-Zustand. Vor diesem Hintergrund sei er froh, dass der Wettbewerb durchgeführt worden sei. Er merkt an, dass insgesamt fünf Büros angefragt worden seien, von denen sich allerdings nur drei beteiligt hätten. Richtig sei die Aussage von Mitglied Borger (B90/Die Grünen), dass im Hinblick auf die Geschosshöhe Freiwilligkeit der Eigentümer erforderlich sei. Die Verwaltung werde die vorliegenden Vorschläge – einschließlich des Entwurfs von Frau Spanier – zu den Eigentümern mitnehmen und die Gespräche mit diesen führen.

Mitglied Friedrich (CDU) bittet um Auskunft, ob es urheberrechtlich möglich sei, die vorliegenden Entwürfe zu entkoppeln, so dass ggfls. die Platzgestaltung von Variante zwei und die Bebauung von Variante eins umgesetzt würden. Die Diskussion sei derzeit stark auf den Platz fokussiert. Epochal sei aus seiner Sicht aber die Bebauung. Deshalb sollte man nach Möglichkeit die Diskussion entkoppeln.

FB-Leiter Bies erklärt, dass eine Entkoppelung der Entwürfe möglich sei. Es handele sich um einen städtebaulichen Ideenwettbewerb ohne Auftragsversprechen. Die Kommune könne nur über öffentliche Flächen entscheiden. Sollte es eine spätere Bebauung auf privaten Flächen geben, erfolge die Beauftragung nicht über die Kommune, sondern über die privaten Eigentümer. Aus seiner Sicht könnten durchaus einzelne Elemente inhaltlich miteinander gekoppelt werden.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) erklärt, dass der Focus des Ideenwettbewerbs auf die Bebauung anstatt auf die Platzgestaltung gelegt worden sei. Die Art der Bebauung hänge aber letztendlich von der Entscheidung der Eigentümer ab. Vor diesem Hintergrund sollte der Beschlussvorschlag rechtsverbindlicher verfasst werden. Ein „Hinwirken“ auf eine niedrigere Geschosshöhe sei seiner Ansicht nach nicht verbindlich. Stattdessen müsse rechtsverbindlich eine viergeschossige Bebauung verhindert werden, in dem eine maximal dreigeschossige Bebauung als zulässig erachtet und zur Bedingung gemacht werde. Der Einschätzung von Prof. Dr. Kröninger, wonach potentielle Schadensersatzansprüche von den jetzigen Eigentümern erwirkt werden könnten, widerspricht er.

FB-Leiter Bies bestätigt, dass es möglich sei, den betreffenden B-Plan zu ändern, wenn im

Bereich Gustav Regler-Platz/Seffersbach auf privaten Grundstücken eine Wohnbebauung entstehen solle, da im bestehenden B-Plan hinter dem Gebäude „Typico“ derzeit ein Parkhaus festgesetzt sei. Sofern die Eigentümer einverstanden seien, könne das Recht, maximal dreigeschossig zu bauen, auch in diesem B-Plan festgeschrieben werden. Was nicht möglich sei: hier liege ein B-Plan mit bestehendem Recht und dieser setze eine viergeschossige Bebauung fest; d.h. das bestehende Recht könne nicht ohne Zustimmung der Eigentümer geändert werden. Von daher hoffe er, dass die Eigentümer dem zustimmen würden.

Der Vorsitzende stellt hinsichtlich der Ausführungen von Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) fest, dass es inhaltlich Einvernehmen gebe. Der 1979 verabschiedete B-Plan sehe allerdings eine viergeschossige Bebauung vor. In den Gesprächen mit den Eigentümern werde die Verwaltung versuchen darauf hinzuwirken, dass diese Geschosshöhe freiwillig reduziert werde. Die Gespräche mit den Eigentümern würden sehr positiv verlaufen.

Mitglied Borger (B90/Die Grünen) stimmt der Auffassung von Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) zu, wonach der Beschlussvorschlag mit Blick auf die Bebauung rechtsverbindlicher formuliert werden solle. Sofern Einvernehmen mit den Eigentümern bestehe, könne der B-Plan ja entsprechend geändert werden. Hinsichtlich der rechtlichen Einschätzung von Prof. Dr. Kröninger gibt er zu bedenken, dass es sicherlich auch Rechtsexperten gebe, die eine andere Rechtsauffassung vertreten würden. Er rege an, in Kooperation mit dem Umweltcampus Birkenfeld und Prof. Heck eine Planung als Studentenarbeit unter dem Thema „Wie entwickeln wir den Seffersbachbereich vom Stadtpark bis zur Josefstraße unter dem Aspekt vorsorgender Klimaschutz?“ durchzuführen.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) beantragt, den Beschlussvorschlag unter 1.) wie folgt zu ändern: „auf eine Reduzierung auf max. 3 Geschosse hinzuwirken; ggfls für Rechtssicherheit zu sorgen“; dies bedeute, dass die Stadt - falls es keine schriftliche Übereinkunft mit den Eigentümern gebe – für Rechtssicherheit sorgen müsse.

Bürgermeister Hoffeld weist nochmals auf die rechtliche Überprüfung des Sachverhaltes im Vorfeld hin.

CDU-Fraktionssprecher Seiwert weist mit Blick auf die Ausführungen von Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) darauf hin, dass die Stadt sich ggfls. schadensersatzpflichtig mache bzw. es auf eine rechtliche Auseinandersetzung über mehrere Jahre hinauslaufe.

Der Änderungsantrag von Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) unter Punkt 1.) „ggfls. für Rechtssicherheit zu sorgen“ wird mit 8 Ja-, 22 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung:

1. die Gespräche mit den Grundstückseigentümern fortzuführen und basierend auf den Ergebnissen des Städtebaulichen Ideenwettbewerbs hinsichtlich einer Bebauung auf den privaten Flächen auf eine möglichst niedrige Gebäudehöhe (max. 3 Geschosse) hinzuwirken;
2. die Ideenskizzen zur Gestaltung des öffentlichen Freiraums (Gustav-Regler-Platz, Seffersbach und angrenzende Verkehrsflächen) auf Grundlage der Ergebnisse des Wettbewerbs in einen Entwurf zu überführen;
3. Möglichkeiten zur Akquise von Fördermitteln zu ermitteln.

Der Vorschlag von Frau Spanier soll mit in die Gespräche mit den Eigentümern genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	6	0

6 Resolution zum Schulstandort Bietzen; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion

Ratsmitglied Holzner (SPD) erklärt, dass die Forscherschule in Bietzen im Sommer schließen werde. Die Kreuzbergerschule Merzig habe seit längerem ein akutes Raumproblem. Die dortige Freiwillige Ganztagschule sprengt aus allen Nähten. Vor diesem Hintergrund bringe die SPD-Fraktion heute eine Resolution ein, die aus zwei Teilen bestehe. Einerseits solle die Stadtverwaltung prüfen und mit dem Ministerium besprechen, ob die demnächst leer stehende Schule in Bietzen eine Dependance der Kreuzbergerschule werden könne, um die Kreuzbergerschule zu entlasten. Ferner wolle die SPD-Fraktion eine echte Ganztagschule im Stadtgebiet haben. Ziel sei ein runder Tisch mit allen Beteiligten – mit der Stadt Merzig als Schulträgerin, den Rektoren, der Schulrätin – um gemeinsam nach einem geeigneten Standort zu suchen.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) erklärt, dass er diese Diskussion „Grundschule Bietzen als Dependance der Kreuzbergerschule“ gerne vor einigen Jahren bereits geführt hätte. Damals sei mitgeteilt worden, dass die Dependance aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei. Wenn sie nunmehr in diesem Zeitfenster möglich sei, sei dies aus seiner Sicht eine tolle Sache. Zwei Punkte seien für ihn sehr wichtig. Für ihn als Ortsvorsteher sei es damals sehr schmerzlich gewesen, als die Grundschule geschlossen worden sei. Sofern er für die kommende Amtszeit nochmals zum Ortsvorsteher gewählt werde, wolle er keine erneute Schließung erleben. Vor diesem Hintergrund sei es für ihn sehr wichtig, dass es im Falle einer Dependance auch eine dauerhafte Lösung gebe. Der Bietzerberg stehe zu dem Schulstandort. Die prekäre Raumsituation an der Kreuzbergerschule sei bekannt. Der vorliegende Konsensantrag biete die Möglichkeit, dass die Schulkonferenz und das Land dieser Lösung zustimmen. Es sei wichtig, alle Schulstandorte mitzunehmen. In Sachen „Ganztagschule“ müsse es neben der Freiwilligkeit auch eine echte Ganztagsbetreuung geben. Die Eltern des Bietzerberges hätten sich in einer Bürgerversammlung für eine dauerhafte Dependance der Kreuzbergerschule in Bietzen ausgesprochen und seien offen für neue Lösungen. Dies bedeute unter Umständen – je nachdem, welche Schulform in Bietzen umsetzbar sei – dass nicht alle Bietzer Kinder in Bietzen zur Schule gehen würden. Werde es beispielsweise in Bietzen eine Ganztagsbetreuung geben, müsse ein Kind, dessen Eltern sich nicht dafür entscheiden, eine andere Schule besuchen.

Bürgermeister Hoffeld unterstreicht die Zustimmung der Stadtverwaltung zu dieser Resolution und schlägt vor, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass der Schulstandort in Bietzen wieder aktiviert werde. Seit zweieinhalb Wochen sei diese Thematik aktuell. Es habe einen Termin mit der Schulrätin und einen Vororttermin gegeben. Aktuell ermittle die Verwaltung die Kosten. Es habe ein gutes Zusammenspiel mit der Schulrätin und dem Bildungsministerium gegeben. Auch zum Thema „gebundene Ganztagschule“ habe die Stadtverwaltung bereits vor eineinhalb Jahren unter Teilnahme der Landtagsabgeordneten Martina Holzner und Frank Wagner Gespräche mit dem Ministerium geführt. Schwierig sei damals gewesen, dass es gebäudliche Probleme gegeben habe. Aus seiner Sicht sollte es

zunehmend Ziel sein, dass die Grundschule Bietzen wieder aktiviert werde, was wieder gebäudliche Möglichkeiten eröffne. Im nächsten Schritt könne dann das für die Kreisstadt Merzig wichtige Thema „Gebundene Ganztagschule“ angegangen werden.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) betont die große Bedeutung der Bildungsangebote, gerade im ländlichen Raum in den Stadtteilen. Dabei dürften nicht permanent finanzielle Gesichtspunkte an erster Stelle stehen. Vor diesem Hintergrund unterstütze den Antrag. Er hätte sich jedoch eine Information der Parteien im Vorfeld gewünscht, um losgelöst vom Wahlkampf eine gemeinsame Resolution zu verabschieden.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an, wenngleich er wenig Hoffnung habe, dass sich das gewünschte Ergebnis einstelle.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Resolution zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	0

Anlage 1 Resolution GS Bietzen_Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.04.19

-
- 7 **Gewerbegebiet "Auf der Haardt" Besseringen, Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mettlach und der Kreisstadt Merzig bezüglich der Schmutzwasserentsorgung** **2019/021-001**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mettlach und der Kreisstadt Merzig gem. Vorlage, einschließlich des Ergänzungsvorschlags der Gemeinde Mettlach in § 3 – Entgelt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	1

-
- 8 **Auslobung der Gewerbegrundstücke im Gewerbegebiet "Auf der Haardt" in Besseringen** **2019/044-001**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld informiert, dass bereits jetzt 20 Bewerbungen vorliegen, obwohl die Grundstücke noch nicht öffentlich ausgeschrieben worden seien. Dies zeige, dass ein großes Interesse an diesem Gewerbegebiet bestehe.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) hält fest, dass die Neuansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen Ziele des neuen Gewerbegebietes seien. Hier bestehe seiner Auffassung nach ein leichter Widerspruch zur Zulässigkeit der Bauvorhaben (Lagerhäuser, Lagerplätze). Darin sehe er keinen bedeutsamen Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen. Ferner finden die Wertungskriterien – 40 % Kaufpreis, 40 % Emissionen, 20 % Arbeitsplätze – nicht seine Zustimmung. Wenn die Zielsetzung darin bestehe, neue Arbeitsplätze zu schaffen, stimme aus seiner Sicht die Gewichtung nicht. Mit Blick auf den Firmensitz bemängelt er, dass vorausgesetzt werde, dass dieser in Merzig sei bzw. nach Merzig verlagert werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass es aus Sicht der Stadtverwaltung wichtig erscheine, Steuerkraft in Form von Gewerbesteuerereinnahmen zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund sei es entscheidend, dass sich der Firmensitz in Merzig befinde.

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) weist darauf hin, dass es innerörtliche Betriebe gebe, die sich nicht in andere Kommunen umorientieren sollten. Das Gewerbegebiet „Auf der Haardt“, das über eine sehr gute Lage mit optimaler Verkehrsanbindung verfüge, sollte es ermöglichen, dass vorhandene Arbeitsplätze in ein Gewerbegebiet verlagert würden, um Ruhe in die Wohn- oder Mischgebiete zu bekommen. Insofern mache dieses Vorhaben Sinn.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) an. Mit Blick auf neue Arbeitsplätze habe es keinen Effekt, wenn eine Firma, die bereits in Merzig ansässig sei, ihre Arbeitsplätze lediglich ins Gewerbegebiet „Auf der Haardt“ verlagere. Aus diesem Grunde erachte er die Gewichtung des Kriteriums „Arbeitsplätze“ mit 20 % als zu gering. Auch der Mindestkaufpreis liege seiner Auffassung nach mit Blick auf Flächen auf dem Lisdorfer Berg zu niedrig. Er hätte sich an dieser Stelle einen Kaufpreis vorgestellt, der der besonderen, exponierten Lage Rechnung trage.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) betont die Qualität des Gewerbegebietes „Auf der Haardt“. Er folge der Haltung der CDU-Fraktion, wonach der Hauptsitz einer Firma in Merzig liegen müsse, damit die Stadt in den Genuss von Gewerbesteuerereinnahmen komme. Gleichzeitig folge er der Auffassung von Ratsmitglied Schettle (Freie Alternative), dass das Kriterium „Arbeitsplätze“ wesentlich höher gewichtet werden müsse. Er schlage 80 % vor. Seiner Ansicht nach sollte man bereits in Merzig ansässigen Firmen, die Arbeitsplätze bringen und schaffen (keine Lagerflächen), die Möglichkeit einräumen, sich in diesem Gewerbegebiet anzusiedeln. Ansonsten würden sich Unternehmen, die nicht genügend Flächen erhielten, in anderen Kommunen ansiedeln mit der Folge, dass Arbeitsplätze und Gewerbesteuer verloren gingen. Im Ergebnis beantrage er, die Wertungskriterien wie folgt zu ändern: Kaufpreis 10 %, Emissionen 10 % und Arbeitsplätze 80 %.

FB-Leiter Gasper weist darauf hin, dass der Vergleich zu Grundstückspreisen auf dem Lisdorfer Berg nicht greife, da es sich beim Lisdorfer Berg um ein Industriegebiet handle. „Auf der Haardt“ befinde sich ein Gewerbegebiet, das von der Qualität des Grund und Bodens einer Differenzierung bedürfe.

Ratsmitglied Lorenz (SPD), zugleich Ortsvorsteher des Stadtteils Besseringen, nimmt Bezug auf die einstimmige Zustimmung zur Verwaltungsvorlage durch den Ortsrat Besseringen. Der Ortsrat gehe davon aus, dass die Zahl der Bewerber nach der öffentlichen Auslobung steige. Der Ortsrat sei bei seiner Entscheidung ebenfalls davon ausgegangen, dass die Verwaltung die Bewerber aussuche, die für die Stadt Merzig und auch für den Stadtteil Besseringen die besten Voraussetzungen bieten.

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke), die Wertungskriterien zu ändern (Kaufpreis 10 %, Emissionen 10 % und Arbeitsplätze 80 %), mit 6 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

Beschluss:

Die Gewerbegrundstücke im Gewerbegebiet "Auf der Haardt" werden im Interessenbekundungsverfahren zu einem Mindestkaufpreis von 45,00 €/m² zu den im Sachverhalt dargestellten Kriterien zum Erwerb öffentlich angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	5	1

-
- 9 **Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit paralleler Flächennutzungsplanteiländerung für den "Solarpark Merzig-Wellingen"; Einleitung des Verfahrens** **2019/014**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Es erfolgt der Beschluss

- a. gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Merzig-Wellingen“ und
- b. für die parallele Flächennutzungsplanteiländerung im Stadtteil Wellingen,
- c. sowie für die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB über die Planung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

-
- 10 **Konzept zur Steuerung der Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen innerhalb des Stadtgebietes** **2019/030**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Das Konzept der Kreisstadt Merzig zur Steuerung der Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen innerhalb des Stadtgebietes ist bei künftigen Planungen entsprechend anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

11 Vorstellung des Klimaschutzteilkonzepts für eigene Liegenschaften der Kreisstadt Merzig

2019/036
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Das Klimaschutzteilkonzept für eigene Liegenschaften der Kreisstadt Merzig wird als Grundlage für weitere Maßnahmen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

12 Lärmaktionsplanung 3. Runde

2019/056
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Dem Entwurf des Lärmaktionsplans (3. Runde) wird in der vorgelegten Form zugestimmt und die öffentliche Auslegung und die Einbeziehung der Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

13 Förderung der Dorfentwicklung Teil 1; gemeinsamer Antrag der CDU/SPD Stadtratsfraktion vom 14.06.2018

2019/038-001
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht von einer wichtigen und zukunftsweisenden Konzeption. Auf dieser Basis solle künftig agiert werden. Er dankt allen Mitgliedern des Stadtrates und dem Fachbereich, die in der Arbeitsgruppe mitgewirkt haben.

FB-Leiter Bies stellt in Form einer Powerpointpräsentation ausführlich die „Strategie Stadtteilentwicklung für die Kreisstadt Merzig“ vor.

Der Vorsitzende informiert über sehr gute Gespräche mit der HTW im Zusammenhang mit einem Projekt in Harlingen.

SPD-Fraktionssprecher Klein bedankt sich beim Ressort 30 für die Ausarbeitung des

Konzeptes. Dieses sei eine Grundlage für die Zukunft, um die Dorfkerne zu stärken und zu entwickeln.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) spricht von einem „Etikettenschwindel“. Alle Fraktionen, auch Die Linke, seien in der Arbeitsgruppe vertreten gewesen. Vorliegend werde das Thema so behandelt, als ob CDU- und SPD-Fraktion das Konzept ausgearbeitet hätten. Vor diesem Hintergrund frage er sich, warum Mitglied Seiler (Die Linke) in der AG mitgearbeitet habe.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass es mit Schreiben vom 14.06.2018 einen gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion gegeben habe, die Thematik in einer Arbeitsgruppe auszuarbeiten. Auf dieser Basis hätten alle anderen mitgearbeitet. Der Erfolg davon gebühre allen Mitgliedern.

Ratsmitglied Auweiler (CDU) erinnert an den seinerzeitigen Antrag, als sich CDU- und SPD-Fraktion überlegt hätten, wie man es schaffen könne, Wohnraumverfügbarkeit in unseren Orten wieder herzustellen. Hintergrund sei ein gemeinsames Konzept gewesen, das in Zusammenarbeit mit den CDU- und SPD-Ortsvorstehern/innen erarbeitet worden sei. In vielen Arbeitssitzungen sei man letztendlich zu guten Ergebnissen gekommen. Die jetzige Strategie – die von Herrn Bies vorgestellten sechs Säulen – sollten zu einer Weiterentwicklung der Merziger Dörfer beitragen.

Mitglied Grauer (Piraten) unterstützt den Antrag. Er spricht sich im Sinne einer Dorfentwicklung für eine stärkere Förderung der Vereine aus. Auch eine Stärkung der Ortsräte sollte Berücksichtigung finden.

Der Vorsitzende erläutert, dass es zunächst bei der Strategie Stadtteilentwicklung in erster Linie um Baumaßnahmen gegangen sei. Die Unterstützung der Vereine sowie die Stärkung der Kompetenzen der Ortsräte könnten noch in einem weiteren Schritt mit einfließen.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) merkt an, dass das Thema an ihm vorbeigegangen sei und er zu keinem Zeitpunkt Kenntnis von der Bildung einer Arbeitsgruppe erlangt habe. Er unterstützt die Auffassung von Mitglied Grauer (Piraten). Das vorliegende Konzept habe mit Stadtteilentwicklung nichts zu tun. Hier folge man dem in Merzig bekannten Reflex, jeden verfügbaren Quadratmeter zu bebauen. Es gehe lediglich um die Erschließung von Bauland und –flächen. Vor diesem Hintergrund beantrage er, die Bezeichnung von „Stadtteilentwicklung“ in „Baulandentwicklung“ zu ändern, ansonsten etwas suggeriert werde, was nicht im Konzept enthalten sei.

Der Vorsitzende äußert sein Bedauern, dass Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) lediglich aufgrund des Namens nicht zustimmen wolle.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) lobt das sehr gute Ergebnis. Als Kompromiss für die Benennung schlägt er „Teil 1“ vor. Vor dem Hintergrund, dass es noch Aufgaben im Bereich „Bildung und Sport“ gebe, könne man in der Folge weitere Aspekte behandeln. Den Begriff „Stadtteilentwicklung“ herauszunehmen, finde nicht seine Zustimmung, da der Inhalt des Konzeptes stets von Seiten der Ortsvorsteher eingefordert worden sei. Nunmehr existiere eine Grundlage für vernünftiges Handeln. Er regt an, das Konzept „Strategie Stadtteilentwicklung Teil 1“ zu benennen, wenn man dadurch eine breite Mehrheit sicherstellen könne.

Beschluss:

Die „Strategie Stadtteilentwicklung Teil 1“ soll entsprechend der darin formulierten Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	0

Anlage 1 Strategie Stadtteilentwicklung

Anlage 2 Strategie Stadtteilentwicklung_Säulenmodell

14 Vergabe Architektenauftrag Neubau Kita Schneckenhaus u. Erweiterung/Sanierung Kita St. Josef **2019/020**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld bedankt sich bei der Lebenshilfe, der Kita gGmbH, beim Land, dem Landkreis sowie bei den beteiligten Fachbereichen der Stadtverwaltung. Es habe eine Jury-Sitzung gegeben, die zu einem Vorschlag gekommen sei.

Frau Geibel vom FB 311 stellt die Wettbewerbsentwürfe und Preisträger vor.

Ratsmitglied Gruhn (SPD) erklärt, dass die Lebenshilfe sich seit mehr als einem Drittel ihrer persönlichen Tätigkeit als Vorsitzende der Lebenshilfe mit einem Neubau des Schneckenhauses beschäftige. Sie spricht allen Beteiligten ihren Dank aus. Sie freue sich, dass dieses Haus an diesem Standort realisiert werde. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Schmitt (CDU) schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Gruhn (SPD) an. Es handele sich um einen wichtigen Schritt für das Schneckenhaus, das eine hervorragende und für die Stadt wichtige Arbeit leiste.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Architektenauftrages für den Neubau Schneckenhaus/Erweiterungsbau und Sanierung Kita St. Josef an folgenden Preisträger des Architektenwettbewerbs: arus GmbH, W. Latz, Püttlingen; HDK Dutt und Kist Landschaftsarchitekten, Saarbrücken.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	0

15 Erarbeitung einer Gestaltungssatzung für die Innenstadt Merzig **2019/034**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert, dass in den B-Plänen die Art und Weise von Bebauungen festgelegt sei. Zur Gestaltung von Gebäuden im Innenstadtbereich gebe es jedoch keine Regelung. Daher wolle die Verwaltung über eine Satzung gestalterische Anforderungen für bauliche Maßnahmen festlegen. In einer bestehenden Gestaltungssatzung würden wesentliche Vorgaben fehlen. Die Verwaltung wolle in einem Bürgerbeteiligungsprozess eine Gestaltungssatzung für die Innenstadt erarbeiten. In einer Satzung solle festgelegt werden, wie die Gestaltung unserer Innenstadt auszusehen hat in Bezug auf Gebäude, Bestuhlung

und Werbung. Die Gelder für ein solches Vorhaben sollen im Haushalt 2020 bereitgestellt werden.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) bewertet es als positiv, in einer Satzung zu definieren, was das Stadtbild fördere, anstatt sich an einem Nachbarobjekt zu orientieren. Etwas weniger Attraktives dürfe nicht als Maßstab dienen, um so weiterzumachen. Die jetzige Satzung sei relativ unverbindlich. Er verliest folgenden Satz: „Durch die örtlichen Bauvorschriften soll eine harmonischen Einbindung neuer Bausubstanz in die vorhandene Umgebung angestrebt werden.“ Vor diesem Hintergrund begrüße er außerordentlich, dass man über eine Satzung verbindliche Regelungen erhalte.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine einheitliche, rechtssichere Gestaltungssatzung für die Innenstadt Merzig zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	0	0

**16 Antrag: "Änderung Bebauungsplan für die Innenstadt"; Bündnis90/Die Grünen vom 20.02.2019 2019/047
abgelehnt**

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, im Kern gehe es um die Frage, was getan werden könne, um gewisse Entwicklungen rechtskräftig zu flankieren. Das Thema sei an der Bebauung am Seffersbach festgemacht worden. Sein Antrag verfolge das Ziel, den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass den Zielen der Seffersbachentwicklung Rechnung getragen werde. Dazu solle man die Baulinie zum Gustav Regler-Platz um 10 Meter zurücksetzen und die Geschosshöhe auf zwei, maximal drei festsetzen, um zu vermeiden, dass der Platz seine Attraktivität als Freiraum verliere.

Bürgermeister Hoffeld weist nochmals auf die unter TOP 5 erläuterten rechtlichen Bedenken hin und ergänzt, dass die Stadt den bestehenden B-Plan ohne Zustimmung der Eigentümer nicht verändern könne.

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag auf Änderung des Bebauungsplans für die Innenstadt ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	17	4

**17 Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im 2019/039
vertagt**

Stadtteil Besseringen im Interessenbekundungsverfahren

Bürgermeister Hoffeld erinnert daran, dass die Kreisstadt Merzig vom VdK diese Gebäulichkeit erworben habe, weil dieses Haus schon längere Zeit leer gestanden und es damals Probleme gegeben habe, die Flüchtlinge in Merzig unterzubringen. Vor diesem Hintergrund habe der Stadtrat damals zugestimmt, dieses Objekt zu kaufen und Flüchtlinge dort unterzubringen. Man habe es am Ende des Tages geschafft, dort niemanden unterbringen zu müssen. Ziel sei es nunmehr jemanden zu finden, der dieses Gebäude nicht nur erwerbe, sondern auch im Interesse der Kreisstadt Merzig weiterentwickle.

Ausführliche Erläuterungen werden durch Fachbereichsleiter Gasper anhand einer Präsentation vorgetragen.

Stadtverordneter Ripplinger (CDU) kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an. Wichtig sei, dass dort ein zukunftsfähiges Konzept im Bereich Tourismus entwickelt werde. Das Interessenbekundungsverfahren ermögliche es, die Bevölkerung mit einzubinden. In diesem Interessenbekundungsverfahren habe die Verwaltung in der Vorlage aus Sicht der CDU-Fraktion alle möglichen Potenziale aufgezeigt, die auch die Zustimmung seiner Fraktion finden könnten. Fehlnutzungen seien ganz klar ausgeschlossen. Wenn Investoren Interesse zeigten, könnte diese auf Grundlage eines vorliegenden Gutachtens Angebote abgeben. Der Kaufpreis und das Nutzungskonzept seien mit jeweils 40 % gewichtet. Es handele sich um ein Kleinod im Außenbereich, wo man normalerweise keine Möglichkeit bekomme, ein Hotel zu bauen oder Gastronomie zu betreiben. Jeder Investor müsse schauen, was er an diesem Standort umsetzen könne. Aus diesem Grunde seien aus Sicht der CDU-Fraktion momentan auch keine Potenzialanalyse oder weitere Gutachten erforderlich, die sehr viel Geld kosten würden. Die Kreisstadt Merzig gehe hier auch keine Verpflichtungen ein für den Fall, dass keine Angebote eingehen würden. Sie könne sich hier Änderungen vorbehalten, das Verfahren könne jederzeit angehalten oder verändert werden. Es bestehe hier auch keine Verpflichtung, das Gebäude an den Meistbietenden zu verkaufen, falls das Nutzungskonzept nicht den gewünschten Anforderungen genüge. Die Kreisstadt Merzig gehe keine Risiken ein. Stadtverordneter Ripplinger (CDU) spricht sich für einen zügigen Beginn mit Beteiligung der Bürger aus.

SPD-Fraktionssprecher Klein erinnert an die Vorgeschichte des Hauses Sonnenwald mit Schließung des VdK-Heims, dem Ankauf der Kreisstadt Merzig in der Flüchtlingsphase und schließlich auch dem Verkauf, verbunden mit einer neuen Nutzung. Die SPD-Fraktion sehe in der Veräußerung und Weiternutzung des Bereichs „Haus Sonnenwald“ in erster Linie einen wichtigen Aspekt, nämlich, dass es ein für den Stadtteil Besseringen gewinnbringendes Projekt werde mit einer nachhaltigen Nutzung für das Dorf, die Stadt und die Region. Der Preis - der erzielte monetäre Erlös - spiele für seine Fraktion dabei eine untergeordnete Rolle. Wichtig sei, was unter dem Strich rauskomme. Ziel sei ein zukunftssträchtiges Projekt und eine tolle Investition für Besseringen und die Stadt. Alle wüssten, dass die Gebäudesubstanz derart schlecht sei, dass praktisch das komplette Gebäude abgerissen werden müsse. Aus diesen Gründen stimme die SPD-Fraktion dem vorgeschlagenen Verfahren zu, das risikolos sei und die besten Chancen biete für eine optimale, auf diesem Standort realisierbare Betriebskonzeption. Wichtig sei aus Sicht der SPD-Fraktion eine nachhaltige Nutzung und Wertschöpfung des Objektes für Besseringen.

Stadtverordneter Lorenz (SPD), zugleich Ortsvorsteher des Stadtteils Besseringen, führt aus, dass nach § 73 Absatz 2 Satz 1 KSVG der Ortsrat in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtteil betreffen, vor der Beschlussfassung des Stadtrats oder seiner Ausschüsse zu hören sei. Dennoch sei dieser TOP bereits im Ausschuss für Grundstücksangelegenheiten und Friedhofswesen beraten und beschlossen worden, obwohl der Ortsrat zuvor noch nicht gehört worden sei. Als Begründung sei im Ausschuss angegeben worden, dass die rechtliche Prüfung sehr zeitaufwändig gewesen sei und man danach keine weitere Zeit mehr hätte verlieren wollen. Diese zeitliche Dringlichkeit vermöge er bei einem Objekt, das über

etwa 5 Jahre leer gestanden habe, nicht im Geringsten nachzuvollziehen. § 73 Absatz 2 Satz 1 KSVG sei auch keine „Kannvorschrift“, also bindend. Das auf diese Weise durchgeführte Verfahren entspreche zudem nicht der vom Bürgermeister proklamierten Stärkung der Ortsratsarbeit. Besonders nachdenklich mache ihn jedoch der Umstand, dass die im v. g. Ausschuss bereits beratene und beschlossenen Vorlage ausdrücklich schriftlich hätte angefordert werden müssen, damit sie wenigstens nachher noch im Ortsrat fristgerecht behandelt werden konnte. Ansonsten hätte der TOP heute wohl ohne jegliche Anhörung des Ortsrats beschlossen werden sollen.

Der Ortsrat Besseringen habe zwischenzeitlich in seiner Sitzung vom 04.04.2019 den Verwaltungsvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen sollten nach dem Willen der Ortsratsmehrheit zunächst eine Potentialuntersuchung und eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Zwischenzeitlich sei bekannt geworden, dass bereits eine ähnliche Untersuchung seitens der Verwaltung in Auftrag gegeben worden sei, deren Ergebnis auch vorliegen solle, jedoch dem Ortsrat - zumindest den meisten seiner Mitglieder - bisher nicht bekannt sei. Herr Gasper habe sie gerade eben erst vorgestellt. Er hätte sich gewünscht, dass diese Vorstellung vorher öffentlich im Ortsrat erfolgt wäre. Insgesamt erscheine das Verfahren also mehr als fragwürdig. Deshalb wolle er die Verwaltung auffordern, den Beschluss des Ortsrates insofern umzusetzen, als das Ergebnis der Untersuchung in einer öffentlichen Sitzung bekanntgemacht und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eingeräumt werde, ihre Auffassung entsprechend zu bekunden, bevor das Verfahren eingeleitet werde. Eine vergleichbare Verfahrensweise habe man zuvor für den Bereich Seffersbach erlebt; auch dort seien die Bürger eingebunden worden, bevor das Verfahren eingeleitet worden sei.

Erster Beigeordneter Ernst zitiert § 73 Abs. 2 KSVG, wonach der Ortsrat in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Gemeindebezirk betreffen - ausgenommen in den Fällen des § 41 Abs. 3 Satz 4 und 5 KSVG - vor Beschlussfassung des Gemeinderates oder seiner Ausschüsse zu hören sei. Es handele sich vorliegend jedoch um kein Thema, das an den Ausschuss delegiert sei. Der Ausschuss habe lediglich vorberaten. Insofern liege keine Verletzung dieser Vorschrift vor. Der Ortsrat sei vor der Beschlussfassung des Stadtrates, die heute erfolgen solle, gehört worden.

Stadtverordneter Borger (B'90/Die Grünen) erklärt mit Blick auf die Ausführungen von SPD-Fraktionssprecher Klein, dass Investoren in der Tat anbeißen würden, wenn man sie ködere. Wenn man sie sehr gut ködere, gebe es auch etwas zu beißen. Bei der Vorgeschichte zu „Haus Sonnenwald“, die fast vollständig korrekt gewesen sei, habe SPD-Fraktionssprecher Klein einen Aspekt vergessen. Es gehöre noch zur Historie, dass der ehemalige Besitzer, bevor er Haus Sonnenwald an die Stadt verkauft habe, 1,3 Mio. Euro erhalten habe, um Investitionen zu tätigen. Wie man festgestellt habe, sei dort nichts investiert worden; d. h. man habe eine Bausubstanz erworben, die marode sei, was Heizung, Leitungen, Kabel usw. betreffe. Man sei hier ja auch einer Meinung, dass man dort eine Bausubstanz habe, die stark verbesserungswürdig sei. Auf der anderen Seite müsse man auch berücksichtigen, dass die Stadt vom Land Zuschüsse erhalten habe. In diesem Zusammenhang werde immer über 500.000 € gesprochen. Er hätte sich in der Vorlage eine Information darüber gewünscht, ob die geflossenen Zuschussmittel (250.000 oder 300.000 €) zurückgezahlt werden müssten. Falls ja, würden die 500.000 € nur noch indirekt stimmen, da es dann nur noch 200.000 oder 250.000 € wären.

Heute erhalte man möglicherweise keine Genehmigung mehr, um im Wald ein Hotel oder eine gastronomische Einrichtung zu bauen. Mitglied Borger (B90/Die Grünen) weist auf die perfekte Anbindung von Haus Sonnenwald hin. Merzig liege im Dreiländereck. Haus Sonnenwald liege somit in einer exponierten Lage, die Entwicklungschancen biete. Deshalb sei der Ansatz, ein für Besseringen gewinnbringendes Projekt umzusetzen, richtig. Wenn man das gesamte Projekt auf einen Baukörper beschränke, der durchaus renovierungsbedürftig sei, sei dies aus seiner Sicht zu kurz gegriffen. Bei den Bürgergesprächen in Besseringen sei eine starke Bereitschaft der Anwesenden erkennbar gewesen, dieses Projekt größer zu fassen, als nur auf den reinen Baukörper zu

beschränken.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) bezieht sich auf ein im Vorfeld an die Verwaltung gerichtetes Schreiben, in dem er beantragt habe, das Thema in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Ferner habe er sich darin dagegen ausgesprochen, das Haus Sonnenwald im Hauruck-verfahren zu verkaufen. Insofern unterstütze er die vorherigen Ausführungen des Besseringer Ortsvorstehers. Weitere Antragspunkte seien eine Potentialvoruntersuchung für die touristische Entwicklung durch kompetente Mitarbeiter der Verwaltung, die aktive Einbindung der Besseringer Bürger in die Entwicklung sowie die Einladung eines Betreibers, der ähnliche Projekte entwickelt bzw. mit solchen Erfahrungen gesammelt habe. Darüber hinaus solle der Wald um Haus Sonnenwald unter Schutz gestellt werden – entweder als Erholungswald oder als Waldschutzgebiet. Wenn man Wald touristisch entwickeln wolle und Gäste zum Erholen, zum Wandern und Naturgenießen einlade, sei das jetzige Erscheinungsbild des Waldes nicht akzeptabel. In Anlehnung an den Imagefilm der Kreisstadt Merzig weist er darauf hin, dass es Städte gebe, die heute professionell Gebäude etc. auf dem Markt bewerben würden. Dies sei zielführender, als eine dreiseitige Veröffentlichung im Amtsblatt oder in einer anderen Zeitung. Er spreche sich für eine professionelle Vermarktung aus, um auch einen anderen Kundenstamm anzusprechen.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) führt aus, dass im Grundstücksausschuss – wie von Herrn Borger (B90/Die Grünen) bereits angemerkt – die Zahl von 1,3 Mio. € genannt worden sei, die vor fünf Jahren investiert worden seien. Vor diesem Hintergrund frage er sich, wie ein Gebäude – zumal sich die Immobilienpreise in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hätten - so viel an Wert verlieren könne. Erstaunt sei er darüber, dass der Vorschlag von Herrn Borger im Ausschuss abgelehnt worden sei, Haus Sonnenwald professionell zu bewerben, um aufgrund der tollen Lage Interessenten aus ganz Deutschland und Europa anzusprechen. Er beantrage daher, europaweit professional zu werben. Ebenfalls nicht nachvollziehbar für ihn sei, dass die Ausschreibungsfrist zunächst auf zwei Monate und nunmehr auf drei Monate festgelegt worden sei. Seiner Ansicht nach benötige man mindestens sechs Monate. Aus diesem Grunde beantrage er ebenfalls, die Ausschreibungsfrist auf sechs Monate zu verlängern.

Bürgermeister Hoffeld nimmt Bezug auf die von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) und Fraktionssprecher Hackenberger (Die Linke) erwähnten 1,3 Mio. €, die der VdK angeblich erhalten habe. Ihm sei nicht bekannt, wer diese Zahl in den Raum geworfen habe. Der Vorsitzende unterstreicht, dass die Verwaltung darüber keine Kenntnis habe.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) wirft ein, dass die Stadtverwaltung diese Information gegeben habe, was der Vorsitzende verneint.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) stellt gemäß § 13 Abs. 2 d) der Geschäftsordnung den Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ und Abstimmung über diesen Punkt.

Die Mitglieder Borger (B90/Die Grünen), Morbe (FWM), Schettle (Freie Alternative), Theobald (Freie Alternative), Hackenberger (Die Linke) und Seiler (Die Linke) erheben sich von ihren Sitzplätzen und begeben sich Richtung Ausgangstür. Gleichzeitig signalisieren sie, die Sitzung zu verlassen und an einer Abstimmung nicht teilzunehmen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass noch 19 Mitglieder anwesend sind und das Gremium nicht mehr beschlussfähig ist, und schließt die Sitzung.